LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN
18. Wahlperiode

Drucksache **18/21740**

12.10.2026

Mündliche Anfrage

für die 132. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen
am 14. Oktober 2026

Geschäftsbereich des Justizministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen

82* Abgeordneter
Dr. Werner Pfeil FDP

Sicherheit im nordrhein-westfälischen Justizvollzug – handelt Justizminister Dr. Limbach erst unter Druck?

Im Jahr 2026 ist in mehreren nordrhein-westfälischen Justizvollzugsanstalten eine Häufung schwerwiegender Sicherheits- und Korruptionsverdachtsfälle bekannt geworden. Die Vorgänge betreffen unterschiedliche Bereiche des Justizvollzugs und werfen ein Schlaglicht auf die Wirksamkeit der Sicherheits- und Kontrollstrukturen, der Fachaufsicht sowie der Informationswege im Geschäftsbereich des Justizministeriums.
Dabei hatten CDU und Bündnis 90/Die Grünen bereits im Koalitionsvertrag von 2022 umfassende konzeptionelle, personelle, räumliche und finanzielle Verbesserungen im Justizvollzug angekündigt. Justizminister Dr. Benjamin Limbach trägt seit Beginn der laufenden Wahlperiode die politische Gesamtverantwortung für die Funktionsfähigkeit und Weiterentwicklung des nordrhein-westfälischen Justizvollzugs.

Wie erklärt die Landesregierung, dass Justizminister Dr. Benjamin Limbach umfassendere Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und Kontrolle im nordrhein-westfälischen Justizvollzug erst nach der Häufung schwerwiegender Vorfälle und unter zunehmendem öffentlichen und parlamentarischen Druck veranlasst, obwohl CDU und Bündnis 90/Die Grünen bereits im Koalitionsvertrag von 2022 eine konzeptionelle, personelle, räumliche und finanzielle Stärkung des Justizvollzugs angekündigt hatten?

*Frage 82 aus der Fragestunde vom 16. September 2026

Datum des Originals: 14.09.2026/Ausgegeben: 14.09.2026